

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 10. März 1926

Nummer 19

Neue Adresse des Verbandsvorstandes:

Die Geschäftsräume des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker befinden sich jetzt

Berlin SW 61, Dreibundstraße 5

Telefon: Amt Hofenheide 3141—3145

Die Wirtschaftslage Deutschlands

Die im Januar vorhergesagte Belebung der Konjunktur ist trotz weiter zuffiehender Auslandsanleihen und Lockerung der Kreditkontingentierung bisher nicht eingetreten. Auf einigen Gebieten ist zwar eine Besserung zu verzeichnen; im wesentlichen dauert aber die Krise mit unverminderter Wucht an. Die bereits begonnene Besserung des Rohlenmarktes hat nicht angehalten. In der Eisen- und Stahlindustrie war im Januar, vor allem was Auslandsaufträge anbelangt, eine gewisse Belebung festzustellen. Die jüngst veröffentlichten Produktionsziffern für Januar sind allerdings enttäuschend: Die Roheisenerzeugung ging gegenüber Dezember um 4 Proz. zurück, die Rohstahlerzeugung war zwar um 3 Proz. höher als im Dezember, blieb jedoch gegenüber dem Durchschnitt 1925 noch erheblich zurück, während die Produktion der Walzwerke weiter im Abnehmen begriffen war. Wenn auch die Abnahme der letzteren an sich nicht groß war — die Januar-erzeugung betrug 609 788, gegenüber 683 434 im Dezember 1925 —, so bleibt diese Ziffer dennoch hinter den Erwartungen stark zurück. Immerhin ist die Lage der Schwerindustrie noch besser als die der übrigen Industriezweige, ganz zu schweigen von der Landwirtschaft. Die Textilindustrie ist mit Ausnahme der Woll- und Baumwollspinnereien und -webereien, die noch alte Aufträge haben, von der heftigsten Krise betroffen; die meisten Zweige der Bekleidungsindustrie liegen danieder; sehr schlecht ist die Beschäftigung in der Leder- und Schuhindustrie trotz erheblichen Preisabbaues; der Baumarkt und der Markt für Baufstoffe ist über den saisonmäßigen Rückgang hinaus notleidend; in der Industrie der Steine und Erden, auch in der früher gut beschäftigten Papier- und Zelluloseindustrie ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Es gibt nur einige wenige Industriezweige, wie die Kautschukindustrie, die chemische Industrie, Brauereien, elektrotechnische Industrie — bei der AEG. liegen 30 Proz. mehr Aufträge vor als zur gleichen Zeit im Vorjahre —, einige Zweige der Maschinenindustrie (bei einer im übrigen großen Krise dieses Industriezweiges) usw., welche verbesserte Beschäftigung aufweisen. Die Käufe der Landwirtschaft bei der Industrie sind unzureichend, obzwar diese weniger als früher unter der Geldknappheit leidet. Außer dem Erlös aus der neuen Ernte stehen ihr neue Kredite zur Verfügung, unter denen die Kredite der Golddiskontbank verhältnismäßig billig sind. Die Roggenkrise dauert weiter an, wie auch die deutschen Getreidepreise erheblich unter den Weltmarktpreisen stehen. (Ein Beweis dafür, daß die Agrarstützkräfte den Bauern nicht das geringste nützen und nur den Verbrauch verteuern!) Mit Hilfe der Raft- und Stickstoffindustrie soll eine neu zu schaffende Organisation Roggen- (vielleicht auch Weizen-) Borräte zusammenkaufen; aber auch der Plan zur Wiederaufrichtung der Getreidefelle zum gleichen Zweck wurde noch nicht fallen gelassen.

Die erhebliche Besserung der Handelsbilanz in den letzten zwei Monaten ist kein Zeichen der Konjunkturbelebung. Sie ist im Gegenteil auf einer erheblichen Einschränkung der Einfuhr begründet, was als eine Folge der Wirtschaftskrise zu betrachten ist. So war im Monat Januar die Einfuhr um 50 Millionen Mark geringer als im Dezember, wo sich bereits zum erstenmal ein Ausfuhrüberschuß von 33 Millionen Mark ergab. Im Januar betrug der Ausfuhrüberschuß 68 Millionen Mark, wobei allerdings auch eine geringe Steigerung des Fertigwareneports (um 3 Millionen) zu verzeichnen war. Angesichts der neuen ausländischen Anleihen ist vorläufig mit der

Vermehrung der Einfuhr zu rechnen. Für die spätere Zeit ist aber eine notgedrungene Steigerung der Ausfuhrüberschüsse zu erwarten.

Es wurden einige wirtschaftspolitische Maßnahmen in Angriff genommen, die der bedrängten Wirtschaft zu Hilfe kommen sollen. An erster Stelle wurde zu diesem Zweck die Herabsetzung verschiedener Steuern angeordnet; die Ermäßigung der Umsatzsteuer um 40 Proz., die Beseitigung der Luxussteuer, die Halbierung der Gesellschaftssteuer, die Neubestimmung der Vermögenssteuer, deren Ertrag um ein Viertel verringert wird, und die Halbierung der Börsenumsatzsteuer. Diese Ermäßigungen dürften einen Steuerausfall von 735 Millionen schätzungsweise ergeben. Man fragt sich, wie es möglich war, daß der frühere Finanzminister Herr von Schlieffen für das laufende Jahr sogar ein Budgetdefizit auszurechnen vermochte, während jetzt ein Steuerbetrag von 735 Millionen erlassen werden kann. Es ist überflüssig, zu betonen, daß es ungerecht und unsozial ist, statt der Lohnsteuer die an sich geringe Vermögenssteuer zu senken. Bisher wurde der Kredit zu einem erheblichen Teil von den angesammelten öffentlichen Geldern geseist; diese Quelle wird nach Durchführung der Steuerermäßigungen verfallen, und es fragt sich, wie dies die Bedingungen der privaten Bankkredite beeinflussen wird.

Andere wirtschaftspolitische Maßnahmen sind die Zusage eines 100-Millionen-Kredits an die Reichsbahn, damit diese die nötigen Investitionen machen und somit einigen Industriezweigen Bestellungen zuführen kann (Lokomotiven und Waggons kommen nicht in Betracht). Außerdem handelt es sich um die Förderung von Warenlieferungen nach Rußland im Betrag von 300 Millionen auf langfristigen Kredit. Das Reich soll durch Ausfallgarantie das Zustandekommen dieses Geschäfts ermöglichen.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik ist zur Erleichterung des Außenhandels nicht viel geschehen. Das am 12. Februar mit Frankreich geschlossene Abkommen hat wirtschaftlich keine große Bedeutung, weil es sich nur auf drei bis vier Monate und nur auf einige wenige Waren erstreckt. Deutschland hat auf einige französische landwirtschaftliche Produkte und für bestimmte Kontingente die Meistbegünstigung zugesagt, während Frankreich für eine Gruppe von Industrieartikeln, darunter landwirtschaftliche Maschinen, Haushaltsgegenstände, Möbel und Schnittholz den Satz des Mindesttarifs oder Ermäßigungen des Maximaltarifs gewährt hat. In politischer Hinsicht ist das Abkommen von viel größerer Bedeutung. Es ist dringend zu wünschen, daß der vorläufigen Vereinbarung der endgültige Handelsvertrag folgen möge. Die Verhandlungen mit Spanien haben insofern einen günstigen Verlauf genommen, als Spanien in der Weinfrage Zugeständnisse gemacht hat, während mit Japan der Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages bevorsteht. Die kritische Frage der Zurückführung der deutschen Fardeneinfuhr gegenüber andern Ländern konnte beigelegt werden.

Die Wirtschaftskrise wirkte sich in der weiteren Zunahme der Geldfülle aus. Infolge mangelnden Vertrauens wurden die vorhandenen Kapitalien nicht ausgeliehen; allerdings folgern manche auch daraus, daß die mangelnde Kapitalnachfrage auf die erfolgte Beendigung des Rationalisierungsprozesses hindeute. Die Kapitalien suchen vorläufig auf dem Effektenmarkt Verwendung. Das Anziehen der Börsenkurse hat hierin seine hauptsächlichste Begründung. Die Industrieerträge haben im Einklang mit dem im vergangenen Jahre erzielten Einbuße zurückgenommen. Erst in der zweiten Hälfte des Februar erfolgte wieder ein gewisser Rückschlag, da die ausländischen Aktienäufer diesmal zurückhaltender waren, ja manche ihre Gewinne durch Verkäufe realisieren wollten. Das Vantekartell (Stempelvereinigung) hat die Spanne zwischen Haben- und Sollkursen etwas ermäßigt, indem sie die Debetkursen um 1 Proz. herabsetzte, immerhin bleibt der gewöhnliche Privatkredit um 1½ Proz. (einschließlich der Provision) immer noch recht teuer. Infolge der geschädigten Geldfülle finden Kapitalitäten in verschiedenen, jüngst aufgelegten inländischen Anleihen der Girozentrale, Preußens (Schatzanweisungen) und verschiedener Städte Verwendung; zum ersten Male seit der Markt-

stabilisierung sind Kapitalien für innere Anleihen vorhanden. Man erhofft daraus eine Neubelebung des Emissionsmarktes. Auch hält noch der Strom der Auslandsanleihen weiter an. Die Einheitsanleihe der Girozentrale von 15 Millionen Dollar für den Bedarf von 200 Städten steht dabei an der Spitze. Außerdem vermochten Banken und Elektrizitätswerte amerikanisches Geld zu erhalten. Die Rhein-Eise-Anion hat schwedisches Kapital nach Deutschland gezogen.

Im Dienste der Sanierung oder der Nationalisierung werden horizontale Zusammenfassungen in den verschiedensten Industriezweigen weiter durchgeführt. Die jüngst bewilligten Steuererleichterungen bei Fusionen dürften die Zusammenfassungsbewegungen erheblich erleichtern. Die endgültige Begründung des Montantrusts wird voraussichtlich bald erfolgen. Die Kongerne verhandelt jetzt unter Beteiligung der Großbanken über die Bewertung ihrer einzubringenden Anlagen. Fusionen sind in letzter Zeit zustande gekommen in der Eisenbahnsignal-, in der Metallindustrie und im Bankgewerbe, während solche in der Automobilindustrie (mit dem Zweck der Schaffung des deutschen Einheitswagens) und in der Mühlenindustrie (Berliner Großmühlen) in Vorbereitung sind. Der geplante Zusammenfluß der süddeutschen Zuckerraffinerien ist nicht zustande gekommen. Die Kartellierung innerhalb der Schwerindustrie ging für die noch nicht kartellierten B-Produkte weiter vorwärts; diesmal kommen die geschweißten Röhren, Drahtseilereien und Stahlfornen auf die Reihe. Zur Schaffung des internationalen Röhrenkartells sind die Verhandlungen noch im Gange, während das internationale Schienenkartell vor dem endgültigen Abschluß steht. Auch ist eine Einigung mit der Schwerindustrie des Saargebietes, das den deutschen Kartellen angeschlossen werden soll, in Aussicht, indem die von der lothringischen Eisenindustrie gemachten Schwierigkeiten voraussichtlich behoben werden können. Diese Ergebnisse zusammen mit dem oben erwähnten vorläufigen Wirtschaftsabkommen mit Frankreich bringen die Frage des deutsch-französisch-belgischen Eisenpaktes wieder in den Vordergrund. Bekanntlich war dieser Pakt im vorigen Jahre bereits fertig und ist nur infolge des Scheiterns der Handelsvertragsverhandlungen nicht in Kraft getreten. Dieser Eisenpakt, der bekanntlich die feste Übernahme eines Jahreskontingents von 1½ Millionen Tonnen Eisen seitens der deutschen Schwerindustrie vorgesehen hat, wäre geeignet, unter Ausschaltung der Einfuhr ein fast ausschließliches Monopol der eisenhaltenden Industrie aufzurichten.

Zur Frage der gegenwärtigen Preisgestaltung machte dieser Tage der Betriebswissenschaftler Professor Pape auf die Tatsache aufmerksam, daß die deutschen Unternehmungen, vor allem jene, welche ihr Anlagekapital in der Goldberöffnungsbilanz zu hoch angaben, außerordentlich hohe Abschreibungen vornehmen. Die Betriebsanlagen erfahren wegen der Gefahr frühzeitigen Verfalls ohne schon gesteigerte Abschreibungen. Die Folge ist die Errechnung zu hoher Selbstkosten. Da heute die Preise vielfach nicht in freier Konkurrenz, sondern durch Kartelle und Monopole bestimmt werden, führen die übermäßig hohen Selbstkosten zu entsprechend hohen Verkaufspreisen. Mit andern Worten streben die Betriebsleiter eine Realisierung nicht existierender (nur in der Goldberöffnungsbilanz vorhandenen) Kapitals durch hohe Warenpreise an. Dieser tatsächliche Gewinn, entstanden durch die Realisierung fiktiver Kapitalwerte auf dem Wege der hohen Warenpreise, ist aber infolge der übermäßigen Abschreibungen unter einem niedrigen Bilanzgewinn oder gar unter einem Bilanzverlust verborgen geblieben. „Es ist zu befürchten — schreibt Professor Pape —, daß die Fortsetzung des eigenartigen Versuches der ‚Kapitalbildung‘ (durch übermäßige Abschreibungen) an einer fortschreitenden Schwächung der Kaufkraft des Warenmarktes scheitert und schließlich verheerende Folgen für das Wirtschaftsleben zeitigt.“

Zu beachten ist ferner, daß die derzeitige Spanne zwischen den amtlichen Indizes für den Großhandelspreis und für Lebenshaltungskosten ungewöhnlich groß ist. Während die Großhandels-

preise in der zweiten Hälfte 1925 weitgehend abgebaut werden konnten, ist bei den Lebenshaltungskosten eine entsprechende Senkung nicht eingetreten. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ging von 136,4 im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1925 auf 122,1 im letzten Quartal zurück. Sie stand im Durchschnitt im Januar 1926 auf 120 und sank Mitte Februar weiter auf 118,8. Allerdings erscheint in dieser Großhandelsindexziffer das zurzeit billige Getreide mit einem etwas zu großen Gewicht, weshalb andre Großhandelsindexziffern, wie z. B. die der „Frankfurter Zeitung“, erheblich höher stehen. Dies ändert aber nichts an der Beurteilung der Bewegungstendenz der Großhandelspreise im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten. Letztere sind seit Oktober des vergangenen Jahres bis Anfang Februar 1926 nur um 2,6, Proz. bzw. ohne Berücksichtigung der Mieten um 3,8 Proz. zurückgegangen, seit Dezember 1925 um 1 bzw. 1,5 Proz., und standen Ende Januar 1926 auf der anscheinlichen Höhe von 139,8 bzw. ohne Berücksichtigung der Mieten auf 152,1. Während also die Großhandelspreise erheblich niedriger lagen als im Ausland, stehen die Lebenshaltungskosten nahe denen im Ausland, und ihre Höhe ist angesichts der gekunkenen Einkommen viel drückender als die etwas höheren Lebenshaltungskosten in den westlichen Industrieländern. Die Senkung der Großhandelspreise war die Folge der Geldknappheit, hervorgerufen durch mangelnde Auslandskredite in der zweiten Jahreshälfte 1925 und der noch vorhandenen Kreditrestriktionen. Die Geldknappheit zwang den Großhandel, mit seinen Preisen erheblich herunterzugehen. Die Höhe der Lebenshaltungskosten zeigt aber, daß der Kleinhandel diese Bewegung nicht mitmachte — hier wirkte also der Zwang der Geldknappheit nicht in dem Sinne, wie beim Großhandel. Der Einzelhandel empfing Bargeld vom Konsumenten, konnte aber selbst Kredite ausgeben, und auch sonst scheint der Konkurrenzstimpf innerhalb des Einzelhandels nicht kräftig genug gewesen zu sein, um zur Senkung der Preise zu führen. Auch waren die schlechten Gewohnheiten der Käufer aus der Inflationszeit schuld an dieser unheilvollen Entwicklung. Die Arbeiterklasse mußte die Kreditbeschränkung mit Abnahme der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bezahlen, ohne daß sie in gekunkenen Lebenshaltungskosten einen Ersatz gefunden hätte. So führte die Politik der Kreditbeschränkungen nicht zum Ziel. Setzt, wo die Einschränkungen fallen gelassen wurden und auch ausländische Kredite einströmen, herrscht vorwiegend wegen der Zusammenbrüche im Großhandel eine Vertrauenskrise, welche der Überleitung der vorhandenen Kapitalien in die Wirtschaft hinderlich im Wege steht.

Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft

Der Kampf um die Höhe der sozialen Abgaben tobt seit langem. Immer wieder wird aus Unternehmerkreisen betont, daß die soziale Belastung eine Höhe erreicht hat, die untragbar geworden ist. In der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Dezember 1925 wird dies wieder einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. „Die gegenwärtige Belastung mit Sozialabgaben ist für unsere geschwächte schwerringende Wirtschaft nicht tragbar. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß ein Betrag von 2,7 Milliarden Mark jährlicher Soziallasten im trassen Gegensatz zu dem Wert unserer Produktion steht.“ An einer andern Stelle wird verlangt, „daß die Sozialleistungen sich über das Maß der Armenfürsorge erheben, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird.“ Dieses durchaus nicht neue Argument bedeutet nichts andres, als daß das Unternehmertum nicht will, daß die Sozialleistungen sich über das Maß der Armenfürsorge erheben. Man beklagt sich zu hohen Leistungen eine Verweigerung der Empfänger und ein Nachlassen des Antriebs zum Arbeitsuchen. In Wirklichkeit liegt es so, daß nur der Arbeiter schaffensfreudig sein kann, der neben ausreichender Entlohnung die Gewißheit hat, daß er beim Beschlagen seiner Arbeitskraft mit einer guten Sozialfürsorge rechnen kann. Das Reichsarbeitsministerium hat im Dezember vorigen Jahres eine neue Denkschrift über die Sozialversicherung veröffentlicht und wertvolles Zahlenmaterial darin verarbeitet. Sie wendet sich auch in zutreffender Weise gegen die oben näher bezeichneten Auffassungen der Unternehmer, und zwar wie folgt: „Die Auffassung, der Versicherungsaufwand sei eine Last, wird dem Ursprung, Grund und Zweck der Sozialversicherung nicht gerecht. Die Sozialversicherung vereinigt in sich — wenigstens zum überwiegenden Teil — die frühere gesetzliche Fürsorge der Unternehmer, die eigne Vorsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Die Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlicher Sparzwang zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung und zugleich Hilfsausgleich im Falle der Krankheit und des Anfalls, der Berufsunfähigkeit und Invalidität, der Mutterschaft und des Todes. Ohne Sozialversicherung ist die Lebensführung der Arbeiter und Angehörten im innersten Kerne gefährdet. Infolge der Sozialversicherung hebt sich die gesamte körperliche und sittliche Lebenshaltung des Teiles der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Die Sozial-

versicherung setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus, sie ist aber zugleich die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.“

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums betrug der Aufwand in der Sozialversicherung für 1913 1431 Millionen, 1924 2016 Millionen und 1925 Schätzungsweise 2343 Millionen Mark.

Die Denkschrift gibt dann eine Übersicht über die einzelnen Versicherungsweige. An dieser Stelle kann nur auszugswweise darauf eingegangen werden.

1. **Krankversicherung.** Gegen Krankheit versichert waren 1913 14,4 Millionen, 1924 19 Millionen Personen. Für die reichsgegesetzlichen Krankenkassen — ohne die knappschaftlichen Kassen und Eschakassen — berechnet das Statistische Reichsamt auf Grund der von etwa neun Zehnteln der Kassen vorgelegten Berichte und im übrigen auf Grund einer Schätzung die durchschnittliche Mitgliederzahl und die Gesamtbeitragsinnahme 1924 wie folgt:

	Mitglieder	Beiträge	pro Kopf Beitrag
Driskrankenkassen	11 724 000	649 745 000	55,42
Landkrankenkassen	2 025 000	52 468 000	25,91
Betriebskrankenkassen	3 855 000	253 641 000	75,59
Innungskrankenkassen	367 000	23 826 000	64,90

Die Betriebskrankenkassen stellen danach die teuerste Form der Krankversicherung dar. Nach den neuesten Ergebnissen beläuft sich die Einnahme auf 961 Millionen. Der Reichsknappschaftsverein gibt für seine Krankenkassen die Einnahme von 87 und die Ausgabe von 71,5 Millionen Mark an.

In der Industrie ist nach der Denkschrift jeder Zweite, in der Landwirtschaft jeder Dritte einmal im Jahre krank. Ein Krankheitsfall dauert durchschnittlich 20 Tage. Nach den Krankentafelstatistiken kommen jedoch in den gewerblichen Betrieben auf ein Mitglied 1,8 Krankheitsfälle, in landwirtschaftlichen Betrieben 1,0. „Es ist eine alte Erfahrung“, sagt die Denkschrift, „daß bei wirtschaftlichem Niedergange die Krankenversicherung mit einer gewissen Zwangsausfugigkeit zur Krisenversicherung wird. Je umfangreicher die Arbeitslosigkeit, um so größer die Krankenziffer; das Krankengeld ist höher und muß höher sein als die Erwerbslosenunterstützung. Die Arbeiter benutzen die Feiertage zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft; das beschäftigt tausendfältige Erfahrung.“ Gewisse Angaben über die Ausgaben der Krankenversicherung liegen vom Reichsstatistischen Amt noch nicht vor. Man geht wohl nicht fehl, wenn man sie auf eine Milliarde schätzt.

2. **Invalidentversicherung.** In der Invalidentversicherung werden 16 bis 17 Millionen Arbeiter versichert sein. Sie versorgte 1924 1 600 000 Invalide, 200 000 Witwen und 1 300 000 Waisen. Gegenüber 1913 wird fast eine Verdreifachung festgestellt. Die Durchschnittsrente für Invalide betrug 25 M., für Industriearbeiter 30 M. im Monat. Im Jahre 1924 hatte die Invalidentversicherung bei 612 Millionen Beitragswochen eine Beitragsinnahme von 360 Millionen Mark, im Jahre 1913 bei 814 Millionen Beitragswochen 290 Millionen Mark Einnahme. Dazu kommt der Reichszuschuß in Höhe von 100 Millionen Mark, der für 1925 auf 150 bis 155 Millionen eingeseht wird. Die Inflation hat das Vermögen der Versicherungsanstalten angezehrt. Für die Größe des Verlustes mag der Hinweis genügen, daß das Jahr 1913 im Zinseindienst 67,5 Millionen Mark ausgebracht hat. Für 1925 wird eine Beitragsinnahme von 525 Millionen angenommen. Auffallend war für 1924 die starke Belastung der unteren Beitragsklassen: Die Umwandlung der Lohnklassen allein vermag diesen erheblichen Unterschied nicht zu begründen, sagt die Denkschrift. Entweder waren die Löhne stellenweise niedriger als früher oder es wurden nicht die richtigen Marken verwendet, wahrscheinlich haben beide Umstände mitgewirkt. Von 1000 Beitragsmarken entfielen z. B. auf die Lohnklasse I im Jahre 1913 74 Beitragsmarken, 1924 jedoch 281. Wir sind der Auffassung, daß eine starke Beitragsmogeil stattfindet, die insbesondere in der Landwirtschaft und bei Arbeitgebern, die Hausgehilfinnen beschäftigen, zutage tritt. Auch in der Krankenversicherung werden häufig falsche Lohnangaben gemacht. Hierdurch gehen beiden Versicherungsweigen zahlreiche Millionen Mark verloren. Es muß verlangt werden, daß geeignete Maßnahmen gegen solche Mogeilen ergriffen werden.

Die Ausgaben für Renten (ohne Reichszuschuß) beliefen sich 1924 auf 257 Millionen Mark, für freiwillige Leistungen, insbesondere Heilverfahren und für Verwaltung auf 53 Millionen, zusammen auf 310 Millionen Mark. Für 1925 wird ein Rentenaufwand von 370 Millionen Mark erwartet. Die folgenden Jahre werden weitere Steigerungen bringen, da der Bebarungsstand bei den Invalidentrenten noch nicht erreicht ist. Die Zahl der neuen Invalidentrenten übersteigt die der weggefallenen zurzeit noch um 140- bis 150 000 im Jahre.

3. **Angestelltenversicherung.** Rund zwei Millionen Angestellte umfaßt dieser Zweig. Am 1. Oktober 1925 liefen 32 824 Ruhegelder, 24 146 Witwen- und Witwenrenten und 20 168 Waisenrenten. Zurzeit werden monatlich rund 1600 Ruhegelder bewilligt. Im Durchschnitt beträgt die Monatsrente für einen Handlungsgehilfen 50-55 M., für den Werkmeister usw. 60-65 M. Die Beitragsinnahme betrug 1924 125,6 Millionen Mark, die Ausgaben für Renten, Heilverfahren, Verwaltung usw.

30 Millionen, so daß ein Überschuß von rund 100 Millionen vorhanden ist. Für 1925 schätzt man die Gesamteinnahme auf 174 Millionen, die Ausgabe auf 67 Millionen. Von 40 000 Anträgen auf Gewährung eines Heilverfahrens bewilligte die Reichsversicherungsanstalt im Jahre 1924 rund 24 000.

4. **Unfallversicherung.** Sie umfaßt 780 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten, außerdem auch Betriebe des Reiches, der Länder, Gemeinden usw. mit etwa 900 000 Versicherten. Im Gewerbe und in der Industrie erleidet im Jahre jeder fünfundzwanzigste Versicherte — im Bergbau jeder zehnte — einen Unfall, jeder zehnte Unfall führt zu einer Rente. In der Landwirtschaft trifft jeden hundertsten Versicherten ein Unfall, aber schon jeder zweite Unfall begründet einen Rentenanspruch. Im Umlauf sind zurzeit rund 600 000 Versichertenrenten und rund 120 000 Renten für Hinterbliebene. Die Ausgaben werden durch Umlage gedeckt. Sie beliefen sich 1924 auf 117 Millionen Mark für Renten und sonstige Entschädigungen. Für Verwaltungskosten wurden 30,1 Millionen verausgabt (25,7 Proz. der Ausgaben), während die Krankenversicherung nur 7,65 Proz. der Ausgaben an Verwaltungskosten erforderte. Für 1925 wird mit einer Ausgabe für Renten und sonstige Entschädigungen von 161,5 Millionen Mark gerechnet. Damit wird noch nicht einmal der Aufwand des Jahres 1913 (176,5 Millionen) erreicht.

5. **Knappschaftsversicherung.** Der Reichsknappschaftsverein führt für den gesamten Bergbau auch die Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes durch. In der Pensionskasse waren Mitte 1925 rund 700 000 Mitglieder (650 000 Arbeiter und 50 000 Angestellte). Die Knappschaftliche Krankenversicherung hat rund 800 000 Mitglieder. Vorhanden sind 95 000 invalide Bergleute und 30 000 Empfänger von Alterspensionen. Dazu kommen rund 95 000 Witwen- und 100 000 Waisenrenten. Die Belastung des Bergbaues wird für 1925 auf 313,5 Millionen Mark geschätzt.

6. **Erwerbslosenfürsorge.** Die Einnahmen für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 betragen 246 Millionen, die Ausgaben 249,8 Millionen Mark. Von den Einnahmen sind Beiträge 205 Millionen, dazu 33,9 Millionen Gemeindeleistungen und 7,1 Millionen sonstige Einnahmen (Darlehnsrückzahlungen usw.). Die Ausgaben stellen sich im einzelnen wie folgt: Kosten der öffentlichen Haushalte und Landesämter 30,12, Unterstützungen für Vollerwerbslose 178, Krankenversicherung der Erwerbslosen 18,6, Zuschläge für Notstandsarbeiter 17,6, andre Ausgaben 5,3 Millionen Mark.

Die Darstellungen der Denkschrift zeigen, daß von einer Überspannung der Sozialversicherung nicht geredet werden kann. Eine Befreiung der Versicherten gegenüber der Vorkriegszeit ist nicht eingetreten trotz der Geldentwertung. Ein Abbau der Leistungen würde daher nur weitere Verelendung breiter Massen und ein Abwandern zur Armenfürsorge bedeuten. Was die Untragbarkeit der Soziallast anbelangt, ist zu bemerken, daß gemessen an der Geldentwertung und dem Leistungseffekt der Wirtschaft, die Soziallast heute nicht schwerer ist wie in der Vorkriegszeit. Trotzdem soll nicht verkannt werden, daß ein Abbau der Beitragslast, insbesondere für die Versicherten, wünschenswert ist. Ohne Schädigung der letzteren ist aber zurzeit daran nicht zu denken. Für die Zukunft wäre eine Entlastung denkbar, wenn eines der Hauptangabengebiete der Versicherungsträger die Krankentests vor e u n g werden könnte. Die Schaffung von Einheitsklassen für bestimmte Bezirke, Befreiung der Krankenkassen von allen Ausgaben, die zu bestritten, Sache der Allgemeinheit ist, und letzten Endes die Vereinheitlichung der Versicherungsweige überhaupt würde weiter eine Herabdrückung der Soziallast ermöglichen, daneben aber noch eine Leistungsvermehrung gestatten. P. Lo.

Korrespondenzen

Hagen. In der Januarversammlung gab der Vorsitzende das Ergebnis der Gaustatistik bekannt, wenn auch erfreulicherweise die Mitarbeit der Vertrauensleute an dieser wichtigen Arbeit eine bessere gewesen sei wie bisher, so haben doch noch einzelne Kollegen den großen Wert dieser Fragebogen für die Allgemeinheit noch immer nicht erkannt, sonst hätten sich verschiedene Ermahnungen und Rückfragen erübrigt. Zu einer lebhaften Aussprache führte die unter „Nachahmenswerte Beispiele“ veröffentlichte Notiz des Zeitungsverlags „Echo der Gegenwart“, die folgendes Ergebnis zeitigte: Gelegentlich des 75jährigen Geschäftsjubiläums hatte die Firma eine äußerst „lohnende“ Jubiläumsummer herausgegeben, zu der die Kollegen in Tag- und Nachtschichten ihr Ganzes hergegeben, sie erhielten hierfür ein doppeltes Minimum ausbezahlt und eine Stiftung versprochen, diese letztere wurde nun zu Weihnachten damit abgegolten, daß die aus den Jubiläumstagen noch dabeibestehenden Kollegen den leiserzeit erhaltenen Betrag nach dem damaligen Minimum noch einmal erhielten, während die nachträglich eingetretenen Kollegen leer ausgingen, infolgedessen konnte von einer Weihnachtsgabe nach der allgemeinen Auffassung keine Rede sein. Die Abrechnung über die Rinderbesetzung erbrachte einen finanziell und ideell befriedigenden Verlauf.

Emden (Hoffst.). Inre Generalversammlung am 30. Januar war gut besucht. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende gab, war zu entnehmen, daß in den hiesigen zehn Druckereien am Schlusse des Jahres 1925 58 Gehilfen und 8 Lehrlinge beschäftigt waren. Um das Umschauen der reisenden Kollegen in den hiesigen Druckereien zu verhindern, wurde von der Generalversammlung beschlossen, daß der Kassierer jedem reisenden Kollegen eine Summe ausshändigen soll, was dann eventuell durch Umlage von den hiesigen Kollegen wieder erhoben wird.

Hamburg - Mitona. (Mitgliederversammlung am 29. Januar.) Das Andenken von sieben verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Kollege Kunze forderte, daß angeht die wachsende Arbeitslosigkeit überstunden auf jeden Fall zu vermeiden sind und wies weiter auf den 15-Pf.-Beitrag für die Kostenträgerungen hin. In die Kommission zur Vorbereitung der Anträge zum Verbandstag wurden fünf Kollegen gewählt. Hierzu treten noch vier vom Gauvorstand zu wählende Mitglieder. Aber den Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sprach sodann Regierungsrat Dr. B i e n s e l d t. Erinnerung an die Tatsache, daß der Buchdruckerverband als erster 1880 die Arbeitslosenunterstützung einführte, erwähnte er zunächst die Streitfrage: Fürsorge oder Versicherung; trotz mancher Bedenken sei die Versicherung die gegebene Form. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies er auf die verschiedenen Mängel des Entwurfs hin: Bedürftigkeitsfrage, Beitragserhebung, Unterstützungsberechnung (vier Lohnklassen), Ausschließungsgründe, Pflichtarbeit, Organisation der Verwaltung usw. Es werde aller Anstrengungen der Arbeiterchaft bedürfen, um diese Mängel zu beseitigen und das Gesetz zu einem solchen zu gestalten, daß es tatsächlich einen Markstein auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft bedeute. In der Aussprache unterstützten die Kollegen B r u h n, S c h m i d t und K u h n a u die Ausführungen des Vortragenden und zeigten Mängel der jetzigen Erwerbslosenfürsorge und weitere des vorliegenden Entwurfs auf. Nach dem Schlußwort des Referenten fand folgende Entschliessung Annahme: „Die Versammlung lehnt die im Entwurf zum Arbeitslosenversicherungsgesetz enthaltenen Pläne als arbeiterfeindlich ab.“ Vom Ortsausschuß berichtete Kollege W a r t e n s über einen Vortrag Larnows über seine Amerikareise. Der vorzügliche, den Bild meißende Vortrag hätte den Gewerkschaftlern zugänglich gemacht werden müssen. Kollege S a n d e r brachte einen Antrag der erwerbslosen Kollegen zur Kenntnis, daß 10 Pf. des Gaubeitragtes den erwerbslosen Kollegen zugestimmt werden sollen. Nach kurzer Empfehlung durch Kollegen K u n z e l e r, der die Extratunterstützung in Form eines monatlichen Mietzuschusses für richtig hielt, fand der Antrag einstimmige Annahme. Die Kollegen B r u h n, L o d n e r und H ü t t e n s kritisierten scharf, daß die Berichterstatterung über die letzten Lohnverhandlungen nur in einer Vertrauensmännerversammlung und nicht in einer Mitgliederversammlung stattfand. Sie sahen darin eine Beschneidung des Mitbestimmungsrechts und die Ursache des schlechten Verhältnisses. Kollege S c h m i d t wies demgegenüber auf die vielen Referate hin, die im vergangenen Jahre unsere Versammlungen interessiert gestalteten.

Hamburg (Schriftgießer). Am 30. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete einen eingehenden Bericht über die im vergangenen Jahre geleistete Organisationsarbeit. Aus dem vom Kassierer gegebenen Kassienbericht war zu entnehmen, daß sich unsere Kassenerhältnisse trotz des letzten Streiks gut gestaltet haben. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des alten Vorstandes. Der Mitgliederbestand ist im vergangenen Jahre trotz 17 Neueinschreibungen von 195 auf 177 Mitglieder herabgegangen. Mehrere ehemalige Kollegen und Kolleginnen sind unmittelbar nach Beendigung des letzten Streiks ein Angestelltenverhältnis mit den einzelnen Firmen eingegangen und aus dem Verein ausgetreten. Einige ehemalige Schriftgießerkollegen, die in der Wehrmaß während der früheren Jahre die aktivsten Funktionäre und Vorstandsmitglieder waren, sind außerdem aus dem Verbände ausgetreten. Das 60jährige Bestehen unseres Vereins soll auf Wunsch unserer Versammlung im Oktober dieses Jahres in entsprechender Weise gefeiert werden. Es wurde ein Festauschuß gewählt, der mit den nötigen Vorarbeiten schon jetzt beginnen soll, damit ein gutes Gelingen des Festes gewährleistet ist. Unter Punkt „Beschließendes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. In seinem Schlußwort betonte unser Vorsitzender, daß wir trotz einiger unliebsamer Vorkommnisse im letzten Jahre nicht wankelmütig werden dürfen. Unsere Stärke beruhe nur auf Geschlossenheit und gewerkschaftlicher Überzeugungstreue.

Kaiserslautern. In der Generalversammlung unseres Bezirksvereins am 31. Januar war der Besuch kein besonders guter zu nennen. Vor Eröffnung der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende May in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Huber (Mannheim). Anschließend folgte ein ausführlicher Jahres- und Kassienbericht. Zum Schluß seiner Ausführungen gab der Vorsitzende einen Ausblick auf das kommende Jahr mit seinen bevorstehenden Aufgaben usw. mit der Ermahnung zur regen Mitarbeit. Nachdem die Ehrung von drei Jubilären (25jährige Verbandsgedächtnisfeier) vorgenommen worden war, erfolgte eine lebhafte Aussprache über die neue Bezirksenteilung im Gau. Verschiedene Kollegen forderten schärfsten Protest gegen den Beschluß der Bezirksvorsteherkonferenz. Ein Antrag, der die Ablehnung der neuen Bezirksenteilung forderte, wurde zur Abstimmung gebracht und angenommen. Anträge zum Gauag, betreffend die Verbesserung der Invalidentunterstützung, wurden gutgeheißen. In der vorgenommenen Neuwahl wurde mit einer kleinen Änderung der alte Vorstand wiedergewählt.

Karlsruhe (Korrektoren). In unserer am 5. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Vorsitzender W e i n e r den Jahresbericht, aus dem hervorzuhelien ist, daß der Mitgliederbestand am Oberrhein sich erfreulich gehoben hat und auch die Kassenerhältnisse besser

geworden sind. Ferner ist es gelungen, die in einer hiesigen Druckerei beschäftigten berufstrenden Korrektoren durch Buchdrucker zu ersetzen. Um auch den kollegialen Zusammenhalt zu fördern, wurde beschlossen, in der nächsten Zeit einen gemeinsamen Ausflug zu unternehmen. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des verdienten ersten Vorsitzenden, der auf eine erprobte 20jährige Vereinstätigkeit zurückblicken kann und leider nicht zu bewegen war, weiter zu amtierem, Kollege H. G ü n t h e r gewählt, während Kollege W i n t o n i den Kassierereposten übernahm. Die Versammlung nahm einen recht harmonischen Verlauf.

Solingen. Inre Generalversammlung am 23. Januar war ziemlich gut besucht. Leider war dies im vorstehenden Jahre nicht bei allen Versammlungen der Fall. Soffen wir also, daß endlich der alte gewerkschaftliche Ideen- und Kampfesgeist auch in unserm Ortsverein wieder Einfuhr hatte. Vorsitzender A z begrüßte die Erschienenen in seiner ihm eignen herzlichen und humorvollen Art, mit dem Wunsch auf Erfüllung unser gewerkschaftlichen Ziele im neuen Jahre. Kassierer V a s s o l t erstattete den Kassienbericht, der einen günstigen Stand zeigte. Es erfolgte einstimmige Dechargeerteilung. Zur Aufnahme gelangten zwei Kollegen, wovon einer — leider sogar ältere Mitglieder — unter Vorbehalt ausgeschlossen werden mußten. Im Jahresbericht ließ der Vorsitzende noch einmal manches Interessante Revue passieren. Der Lehrlingsabteilung gehörten sämtliche am Orte befindliche Lehrlinge an. Der Ortsverein zählte am Schluß des letzten Jahres 86 Verbandsmittelglieder. Um den durchreisenden Kollegen das zeitraubende Umschauen zu ersparen, wurde die örtliche Unterstützung pro Mitglied von 1,50 auf 2,50 M. erhöht. Dieser

Bolksbegehren und Gewerkschaften

Das Bolksbegehren auf Entlohnung der Fürsten erfordert die ideale und materielle Unterstützung aller Gewerkschaftsmittelglieder. Kein stimmberechtigter Arbeiter darf seine Einzeichnung in die Eintragungslisten verläumen, und jeder sollte es als seine Pflicht betrachten, sich an den zur Deckung der Kosten des Bolksbegehrens eingeleiteten Sammlungen nach besten Kräften zu beteiligen!

Betrag wird vom Kollegen Passolt in der „Bergischen Arbeiterstimme“, Hofstraße, ausgezahlt. Ab 3 Uhr nachmittags in seiner Wohnung, Kreuzstraße 6. Durch die, somit sowie auch, andererseits vermehrte Beteiligung der Ortsliste machte sich eine Erhöhung des Beitrages notwendig. Dieser beträgt laut einstimmigem Beschluß der Generalversammlung 2,20 M. Der bisherige Vorstand wurde per Affkamation wiedergewählt. Nach einem kurzen informierenden Bericht des Kartelldelegierten, Kollegen K r e b s, erfolgte dessen Neuwahl. Gemäß seinem Antrage bewilligte die Generalversammlung zugunsten der Gewerkschaftsbibliothek aus der Ortsliste 25 M. — Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch ein Stündchen gemütlich beisammen.

Wetzlar. Inre am 24. Januar abgehaltene Generalversammlung war nur von der Hälfte der Mitglieder des Ortsvereins besucht. Vorsitzender B e r t e r erstattete den Jahresbericht. Diesem war zu entnehmen, daß im Gegensatz zum Vorjahre der Geschäftsgang zu wünschen übrig läßt; die Mitgliederzahl hat wieder ihre frühere Höhe erreicht und beträgt 888. Das Vereinsleben war nicht befriedigend, das gleiche melden die Sparten — mit Ausnahme der Drucker — und der Bildungsverband. Hoffentlich wird es für die Zukunft besser. Die Währei dagegen erfreut sich eines sehr starken Zuprungs. Die Quartals- und die Jahresrechnung wurden ohne Aussprache genehmigt. Mit Worten des Dankes gedachte hierbei der Vorsitzende unfres Kassierers, des Kollegen H a n s S c h o e f f e l. Seit vollen 25 Jahren gehört dieser der Vorstandschaft an, davon allein 24 Jahre als Kassierer. Mit großer Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue hat er während dieser langen Zeit das ebenso verantwortungsvolle wie undankbare Amt bekleidet. Anlässlich des 20jährigen Bestehens wird durch eine Morgenfeier der Jubilär noch besonders gewürdigt werden. Beschlossen wurde noch, die Vorstandschaft durch Umwahl zu wählen. Eine vor zwei Jahren gegründete Sturkbeskaffe hat 227 Mitglieder. Die übrigen Tagesordnungspunkte waren lokaler Natur.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in S c h w e r i n (Meck.) bestand Kollege Otto K e t e l s o h n die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“.

Schiffenprüfungen in Brandenburg. Die Gehilfenprüfungen für die am 1. April d. J. ausstehenden Lehrlinge im Buchdruckgewerbe für den Stadtkreis Brandenburg (Gavel), Kreis Zauer-Beleg und Westhavelland finden am Donnerstag, dem 25. März, in Brandenburg statt. Meldungen hierfür sind spätestens bis zum 12. März an den Vorsitzenden der Prüfungscommission für das Buchdruckgewerbe für den Stadtkreis Brandenburg, Kreis Zauer-Beleg und Westhavelland, Herrn Heinrich Grösel, i. Pa. Brandenburg-Druck-Altien-Gesellschaft, Brandenburg, Bachhofstraße 4, unter Einreichung des selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines Zeugnisbuches und Abgangzeugnis eines Berufs- und Fortbildungsschule zu richten.

Warnung vor Zuzug nach Holland. Vom Vorstand des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes wurde uns in Beantwortung zahlreicher Anfragen arbeitsuchender ausländischer Buchdrucker mitgeteilt, daß die gegenwärtige Geschäftslage im graphischen Gewerbe Hollands derart ist, daß Ausländer nicht daran denken können, dort Stellung zu finden. Obwohl schon eine bedeutende Anzahl holländischer Kollegen wegen Arbeitsmangels in anderen Gewerben ein Unterkommen gesucht hat, ist die Arbeitslosigkeit in den graphischen Branchen in Holland noch immer sehr groß. Um sich Postkosten und Enttäuschungen zu ersparen, wird konditionlosen Kollegen die Beachtung dieser Warnungsnotiz dringend empfohlen.

Eintragungsvorahren beim Bolksbegehren. In einem Rundschreiben des Reichsministers des Innern wird zur Behebung von Zweifeln u. a. darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Eintragungsvorahren beim Bolksbegehren nicht den Begriff der „Öffentlichkeit“ kennen, wie er bei der Stimmenabgabe bei Reichstagswahlen oder bei einer Volksabstimmung festgelegt ist. Eine förmliche Überwachung des Eintragungsvorahrens durch Beauftragte der Antragsteller oder durch andere Personen ist jedoch nicht zulässig. Dagegen bestehen keine Bedenken, wenn Beauftragte der Parteien auf Wunsch allgemeine Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen geben. Solche Auskünfte können insbesondere gegenüber den Obleitern der Partei oder Organisationen, die ein Bolksbegehren betreiben, nicht abgelehnt werden, weil diese sich rechtzeitig zu vergewissern haben, ob Eintragungslisten noch nachzuliefern sind.

Reisenreisen ins In- und Ausland. Wie im Vorjahr veranstaltet der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in Berlin auch in diesem Jahr wieder eine Anzahl interessanter Ferien- und Studienreisen ins In- und Ausland. Diese Reisen bieten unendlich viel des Sehenswerten: herrliche Seefahrten, widromantische Gebirgsferien, reizvolle Städtebilder, wertvolle Informationen, kurz, eine Fülle von Anregungen und Eindrücken; wie man sie nur auf einer Reise in Gesellschaft gleichgesinnter Menschen erhalten kann. 1. Auslandsreisen: Osterfahrt Brüssel—Paris, vom 2. bis 7. April. Annehmungen sofort erbeten; nach Schweden: (Sagvik, Götterburg, Kubolka, Befestigung der berühmten Erzfelder, Stockholm, Küdsfahrt zwei Tage zur See nach Umeå) Anfang Juli, zehn Tage; nach der Schweiz: (Schaffhausen, Zürich, Luzern und Vierwaldstättersee, Unterlaren, Bern, Basel) 26. Juli bis 2. August. Zweite Reise Brüssel—Antwerpen—Paris: vom 14. bis 22. August. Nach Prag—Wien—Salzburg—Berghesgaden: 22. bis 31. August große Gesellschaftsreise an die blaue Adria (München—Triest—Venedig—Gardasee—München) Mitte Juni, acht Tage. Diese Gesellschaftsreise ist ein erster Versuch, ein landschaftlich besonders herrliches Gebiet einem größeren Kreis von Teilnehmern zu erschließen. Eine rege Propaganda für diese Reise ist daher notwendig, da sie nur durchgeführt werden kann, wenn sich ein genügend großer Teilnehmerkreis findet. 2. Inlandsreisen: Rheinfahrt (Frankfurt a. Main, Wiesbaden, Bingen, Koblenz, Bonn, Köln) vom 12. bis 21. Juni, an die Nordsee (Namburg—Belgoband—Bremen) vom 1. bis 7. August; in den Schwarzwald (Mannheim, Alsbilb, Triberg, Furtwangen, Feldberg, Freiburg) vom 22. bis 31. August. Die Reisen werden vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit organisiert, so daß der einzelne sich um nichts zu kümmern braucht. Die Teilnehmerkosten können in bequemen Ratenzahlungen beglichen werden. Alles Nähere, Kosten, Teilnehmerbedingungen usw. enthält der illustrierte, gut ausgefaltete Prospekt, der gegen Entlohnung von 30 Pf. durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Erwerbslosenfürsorge für Angestellte. Seit dem 1. Januar d. J. sind sämtliche Angestellte, die der Angestelltenversicherung unterliegen, auch dann beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge, wenn sie nicht mehr krankenterversicherungspflichtig sind, d. h. zwischen 2700 und 6000 M. jährlich verdienen. Die Beiträge werden durch die zuständige gesetzliche Krankenkasse mit eingezogen. Viele dieser Angestellten sind freiwillige Mitglieder in Ersatzkassen und glauben deshalb, daß sie diese Beiträge auch an ihre Ersatzkassen abführen können. In einem jüngst im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Bescheid weist jedoch der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß diese Ansicht unrichtig ist. Die Ersatzkassen kommen dafür keinesfalls in Frage.

Kommunistische Gewerkschaftsbilanz. Im Dezemberheft der „Kommunistischen Internationale“ wurde in einem Artikel: „Die Aufgaben der kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen“ über die bisherige kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften berichtet. Im Anschluß daran wurden Anweisungen gegeben über die in Zukunft einzuschlagende Wege. Der Artikel zeichnet sich durch eine gewisse Offenheit aus. Es wird darin ehrlich eingestanden, daß die Kommunisten in der deutschen wie in der europäischen Gewerkschaftsfrage nirgendes einen nennenswerten Erfolg buchen konnten, daß vielmehr der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften auf der ganzen Linie sich in starkem Rückgang befindet. „Die kommunistischen Fraktionen in den zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen des Sommers 1925 waren in der Wehrmaß der Fälle auf ein Fünftel, ein Zehntel und einen noch geringeren Bruchteil ihres früheren ziffernmäßigen Bestandes zurückgegangen.“ So klagt der Artikelschreiber. Auf die gewerkschaftliche Organisationsfreudigkeit der Kommunisten, verbunden mit notgedrungenem Beitragszahlung, wirkt folgende Ausschluss des Artikelschreibers ein bezeichnendes Licht: „In Deutschland ist es auch kein geringer Bruchteil der Partei, der den Gewerkschaften nicht angehört. Der Beschluß der Partei bezüglich des Eintritts in die Gewerkschaften bis zum 1. Februar ist nicht zur Ausführung gekommen. Die letzte Parteikonferenz (September) forderte von neuem eindringlich die Durchführung des Beschlusses. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den reformistischen Verbänden organisierten Arbeiter macht die Zahl der dabeist organisierten Kommunisten etwa ein Prozent aus.“ Nach

